

3.4.2 Sonderbudgets

Mit der Dezentralisierung war auch die Intention einer aufgabenorientierten Zuordnung von Bezirksmitteln verbunden. Die den Bezirken übertragenen Aufgaben sollten durch entsprechende monetäre Ausstattung die autonome Aufgabenerfüllung möglich gemacht werden. Allerdings spiegelt sich diese Orientierung im Budget nicht wider, lediglich 24% (Topf 2) werden über aufgabenspezifische Kriterien verteilt.

In den Interviews wurde im Zusammenhang mit den Bezirksbudgets daher auch auf die immer größere Bedeutung der Sonderbudgets hingewiesen, die bspw. für Tiefgaragen, Platzgestaltung bei U-Bahnstationen, Erholungsflächen in SWW-Gebieten, barrierefreie Amtshäuser oder das Schulpaket (Instandhaltungsmaßnahmen) vorgesehen werden.

Im Grunde genommen sei die Situation bei der sozialen Infrastruktur aufgrund der Dezentralisierung eine relativ klare Sache: Die Instandhaltung von Schulen und Kindergärten obliegt den Bezirken und für den Neubau ist die Stadt Wien zuständig. Die Stadt habe aber immer wieder Großzügigkeit bewiesen, indem sie den Bezirken in besonderen Situationen zusätzlich Geld aus dem Zentralbudget zugeschossen hat, sagte Laska. Als Beispiel nannte die Politikerin einmal mehr den Schulbereich und verwies auf das 2006 im Gemeinderat beschlossene Schulpaket, das sich über einen Zeitraum von zehn Jahren erstreckt und fast 600 Millionen Euro umfasst.

Vizebürgermeisterin Grete Laska, 10.10.2007 in der Wiener Zeitung

In den Jahren 2008 bis 2017 stehen insgesamt 570 Millionen Euro für Sanierungsmaßnahmen in 220 Wiener Volksschulen, Hauptschulen, Sonderschulen und Polytechnische Schulen zur Verfügung.

[...]

Die Bandbreite der erforderlichen Investitionen beträgt pro Schulstandort zwischen 0,2 und 7,6 Millionen Euro. Dafür sind 460 Millionen Euro vorgesehen. Neben der Substanzerhaltung der Pflichtschulbauten werden für zusätzliche Projekte (Sanierung von Turn- und Physiksälen oder Lehrküchen, Erneuerung schadhafter Böden, Instandsetzung der Außenanlagen und Spielgeräte, Umwidmung von Klassenräumen,...) im Zeitraum 2008 bis 2017 weitere 110 Millionen Euro investiert. Damit werden in Wien in den nächsten 10 Jahren insgesamt rund 570 Millionen Euro für Wiener Bildungseinrichtungen aufgewendet. Den Bezirken wird damit ein Angebot in der Höhe von zusätzlich rund 228 Millionen Euro aus dem Zentralbudget gemacht.

Aus der Dokumentation der SPÖ-Klubtagung 2007

Aufgabe der Bezirke ist es, die Substanz der vorhandenen Infrastruktur zu erhalten, zu verbessern und gegebenenfalls neu herzustellen. Um dies zu gewährleisten, werden Investitionsprogramme erarbeitet und den Bezirken Zuschüsse zu den Investitionsausgaben sowohl aus der indirekten Verteilung insbesondere aus dem Topf 3 und Topf 5b als auch aus dem Zentralbudget zugeteilt. Das KDZ (2013) hat errechnet, dass sich zwischen 2007 und 2011 die Mittel aus der indirekten Verteilung angesichts der Einführung des Topfes 5b – Investitionsfonds auf 7,3 Mio. Euro beinahe verdoppelt haben. Der Großteil der Zuwendungen und Rückersätze kommt jedoch aus dem Zentralbudget und belief sich im Jahr 2011 auf 28,6 Mio. Euro.

Die wichtigsten Programme sind das Programm für die überregionalen Maßnahmen, das Programm zur ganztägigen Kinderbetreuung, Einzelmaßnahmen sowie Zuwendungen für den Kanalnetzbau und das Schulsanierungspaket.

Das Schulsanierungspaket 2008 bis 2017 der Stadt Wien sieht vor, an 242 allgemein bildenden Pflichtschulen Substanz erhaltende Maßnahmen durchzuführen. Der dafür geschätzte Gesamtkostenaufwand wird mit zirka 570 Mio. Euro beziffert. Für die Finanzierung sind die Bezirke zuständig, sämtliche Maßnahmen werden von der Stadt mit 40 Prozent gefördert.

Im Jahresabschluss 2013 finden sich zu den genannten Investitionsprogrammen nun folgende Positionen:

Aus der Hauptstraßenförderung wurden den Bezirken 2,1 Mio. Euro, aus dem Schulsanierungspaket 2008 bis 2017 17,8 Mio. Euro, aus überregionalen Maßnahmen für Stadtgestaltung und Verkehrssicherheit 4,4 Mio. Euro und aus dem Kanalnetzausbau 0,1 Mio. Euro zugewiesen. Weiters wurden zur Vorgriffsrefinanzierung der Bezirksgebarung Fremdmittel in Höhe von 2,9 Mio. Euro und zur Finanzierung des Schulsanierungspaketes 2008 bis 2017 Mittel im Rahmen des inneren (zinsenlosen) Darlehens in der Höhe von 26,6 Mio. Euro übertragen.

Das KDZ (2013) stellt in seiner Auswertung fest, dass im Rahmen der Investitionsprogramme im Zeitraum 2007 bis 2011 mehr Mittel zur Verfügung gestellt als tatsächlich genutzt wurden. Vor allem beim Schulsanierungspaket sowie bei der Kinderbetreuung wurden die Geldmittel nicht ausgeschöpft.

Durch die Sonderfinanzierungsprogramme ist es insgesamt zu einem deutlichen Anstieg der Ausgaben der Bezirke gekommen, die nicht zur Gänze gedeckt werden konnten. Die Maßnahmen haben oftmals dazu geführt, dass die Darlehen stark ausgeweitet wurden und die Begleichung der Ausgaben in die Zukunft verschoben wurde und die Bezirke die Investitionen zulasten zukünftiger Budgets durchführen. Es muss auch davon ausgegangen werden, dass die Bezirke aufgrund unterschiedlicher finanzieller Spielräume die Sonderfinanzierungsprogramme in unterschiedlichem Ausmaß in Anspruch nehmen.

>>> Bei der Umsetzung der erwähnten Sonderprogramme wie etwa dem „Schulpaket“ zeigt sich auch ein strukturelles Problem der Dezentralisierung: Kommt ein Bezirk bestimmten Aufgaben nicht nach – gilt etwa auch für die Erhaltung der Amtshäuser – muss früher oder später aus dem Zentralbudget zugeschossen werden. Im Falle der Amtshäuser wurde die Kompetenz für Erhaltungsmaßnahmen daher auch wieder zentralisiert.

3.4.3 Inhaltliche Struktur der Bezirksbudgets

Für das Jahr 2013 haben die Bezirke Ausgaben von rund 243 Mio. Euro getätigt, das sind rd. 2% der gesamten Ausgaben der Stadt Wien. Davon ist der Großteil für Aufgaben einzusetzen, die nicht oder kaum im Dispositionsrahmen der Bezirke liegen – alleine für die erforderlichen Maßnahmen für Pflichtschulen und Straßenbau wurden im Jahr 2013 51,2% der Mittel ausgegeben. Die Bedarfsentwicklung richtet sich aber überwiegend nach übergeordneten Entwicklungen der Stadt, die von einzelnen Bezirken nicht maßgeblich gesteuert werden können.